

# Bundesrat will Private finanziell entlasten

Autor(en): **Münger, Kurt**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **1 (2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **14.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357853>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Bundesrat will Private finanziell entlasten

**Um private Bauherren beim Schutzraumbau finanziell zu entlasten, sollen die Ersatzbeiträge stark gesenkt werden. Ausserdem soll die Zahl der Schutzanlagen reduziert werden. Das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS ist beauftragt, die nötigen Massnahmen auszuarbeiten.**

Am 7. März 2008 hat der Bundesrat den Bericht «Standortbestimmung zu den Schutzanlagen und Schutzräumen des Bevölkerungsschutzes» beraten und gutgeheissen. Der Bericht ist aufgrund einer Ende 2005 angenommenen Motion der Finanzkommission des Nationalrats und einer ebenfalls 2005 eingereichten Parlamentarischen Initiative von alt Nationalrat Pierre Kohler (JU) vom BABS erarbeitet worden.

### Erhebliche Senkung der Ersatzbeiträge

Der Bundesrat hat mit seinem Beschluss den weiteren Weg in Sachen Schutzbauten vorgezeichnet: Jeder Einwohnerin und jedem Einwohner ein Platz in einem Schutzraum in der Nähe des Wohnorts – diese Vorgabe soll beibehalten werden. Aufgrund des hohen Ausbaustandes soll aber nicht der weitere Bau, sondern die Werterhaltung der bestehenden Schutzräume im Zentrum stehen.

Wenn Bauherren beim Bau eines Wohnhauses keinen Schutzraum erstellen, haben sie Ersatzbeiträge zu entrichten (heute maximal 1500 Franken pro Schutzplatz). Diese Ersatzbeiträge sollen künftig um mehr als die Hälfte gesenkt und neu vor allem für die Werterhaltung der privaten Schutzräume eingesetzt werden. Somit werden private Bauherren und Hauseigentümer finanziell markant entlastet. Die Ersatzbeiträge sollen künftig an den Kanton gehen, der einen innerkantonalen Ausgleich schaffen kann.

### Reduktion der Schutzanlagen

Der Bundesrat will zudem die Anzahl der Schutzanlagen und der Kommandoposten reduzieren. Ältere Schutzanlagen, ausgenommen die für den Katastrophenfall benötigten, sollen aus Kostengründen nur im Falle eines sich abzeichnenden bewaffneten Konflikts erneuert werden.

Mit dem Bundesratsbeschluss können nun auf guter Grundlage die weiteren Entscheidungen getroffen werden. Das VBS ist beauftragt, dem Bundesrat bis Ende 2008 die nötigen Massnahmen vorzulegen. Der vom Bundesrat gewiesene Weg impliziert allerdings eine Änderung des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG). Letztlich werden somit die Eidgenössischen Räte über die Anpassungen entscheiden.

### Sicherheitspolitische Kommission stimmt Bundesrat zu

Am 17. April 2008 hat die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats die parlamentarische Initiative des vormaligen jurassischen CVP-Nationalrates Pierre Kohler behandelt. Dieser Vorstoss zielt darauf, für Privatpersonen die Pflicht zum Bau von Schutzräumen oder zur Leistung von Ersatzbeiträgen abzuschaffen. Die Kommission hat dabei klaren Handlungsbedarf festgestellt, ist in der Sache aber dem Bundesrat gefolgt: Mit 5 zu 3 Stimmen hat sie sich dafür ausgesprochen, den Beschluss zur parlamentarischen Initiative Kohler so lange auszusetzen, bis die in Aussicht gestellte bundesrätliche Vorlage konkretisiert ist.

### Kurt Münger,

Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS



Im Zentrum steht die Werterhaltung der bestehenden Infrastruktur.